

# Den Reichen das **Geld** und den Armen der **Tod**

Selbstgerecht und gleichgültig schauen viele EU-Bürger auf das tägliche Sterben an den EU-Grenzen, und manche halten die Forderungen rechtsextremer Parteien für eine Lösung. Dass die politisch Verantwortlichen nicht nur in den Herkunftsländern der illegalen Einwanderer, sondern auch in Brüssel und Straßburg sitzen, haben sie nicht begriffen.



Foto: © neyron - 123rf.de

## Von Nico Nissen

Anfang April blamierten sich sieben Aktivisten der rechtsextremen italienischen Partei Lega Nord: Mit einer Seefahrt wollten sie beweisen, dass es für illegale Einwanderer viel zu leicht ist, von Tunesien aus in die EU zu gelangen. In einem motorisierten Schlauchboot und mit gehisster Parteiflagge machten sie sich von Sizilien aus auf den Weg. Allerdings geriet schon kurz vor Malta der Motor in Brand. Der konnte zwar gelöscht werden, verweigerte danach aber seinen Dienst. Die sieben wackeren Norditaliener waren also in Seenot. Nun sollte man denken, dass das kurz vor der Küste Maltas keine allzu große Gefahr darstellt. Doch mit der abgefeuerten Seenot-Rakete trafen sie das eigene Boot und sanken – sie hatten die Rakete falsch herum gehalten. Bevor sie aber von den Wellen verschlungen wurden, konnten sie mit einer weiteren Rakete, diesmal in die richtige Rich-

tung abgefeuert, die maltesischen Streitkräfte auf sich aufmerksam machen und wurden gerettet, während sie tapfer die Parteiflagge über Wasser hielten.

## Aktionen ohne Rechtsgrundlage

Die glorreichen Sieben haben damit das Gegenteil von dem bewiesen, was sie beweisen wollten – die Überfahrt von Afrika nach Europa oder in ihrem Fall von Europa nach Afrika ist lebensgefährlich. Aber allein schon der Versuch, das Gegenteil zu beweisen, ist unsinnig, ja geschmacklos, denn anders als sie hatten viele Flüchtlinge nicht das Glück, gerettet zu werden. Nach Recherchen von Journalisten, online abrufbar unter <http://www.detective.io/detective/the-migrants-files>, kamen seit 2000 mehr als 23.000 Flüchtlinge ums Leben, davon der größte Teil in der Straße von Sizilien – wie beinahe auch die Aktivisten der Lega Nord. Dabei wur-

den nur die Fälle gezählt, die bekannt wurden. Die tatsächliche Zahl dürfte weit höher liegen. Etliche Flüchtlinge sterben auf dem Weg durch die Wüste, und viele wurden von ihren Schleppern ermordet. Laut Reportagen in der Zeit haben ägyptische Beduinen, die sich zuvor als Schlepper verdingten, Flüchtlinge entführt und gefoltert und erst gegen Lösegeld wieder freigelassen. Die Familien der Opfer sind arm und brauchen Monate, um die hohen Summen aufzubringen. Während dieser Zeit wird weiter gefoltert, live am Handy, um den Druck aufrecht zu erhalten. Wenn sie nicht zahlen können oder der entführte Flüchtling keine Familie mehr hat, wird er ermordet und seine Organe verkauft.

Europa mag da weniger barbarisch sein, schert sich um das Schicksal der Flüchtlinge aber ebenso wenig. Ziel der EU-Politik ist, illegale Einwanderer abzuschrecken. Tote werden

dabei in Kauf genommen und sind vielleicht sogar insgeheim erwünscht. Alle drei Gewalten arbeiten dabei einträchtig zusammen, oft ohne Rücksicht auf internationale Vereinbarungen und geltendes europäisches Recht.

Wer beispielsweise in Seenot geratene Flüchtlinge rettet, wird von der italienischen Justiz unter Druck gesetzt: Italienische Gerichte verurteilten schon mehrmals Seeleute, die im Meer treibenden Flüchtlingen zu Hilfe geeilt waren und sie zum nächsten Hafen brachten – was nach internationalem Seerecht eigentlich ihre Pflicht ist und auch gilt, wenn der Hafen zufällig ein italienischer ist. Die Urteile wurden zwar in weiteren Instanzen aufgehoben, aber die Botschaft bleibt: „Lass’ sie sterben, oder es gibt Ärger!“ Das zeigt offenbar Wirkung: Es wurden Fälle bekannt, in denen Fischer Flüchtlinge zurück ins Meer stießen.

Sogar die europäischen Grenzschützer haben Menschenleben auf dem Gewissen. Besonders im Grenzgebiet zwischen Griechenland und der Türkei kommt es in griechischen Abschiebelagern immer wieder zu Menschenrechtsverstößen und Todesfällen. So versuchte die griechische Küstenwache, ein Flüchtlingsboot zurück in türkische Gewässer zu schleppen. Dabei ging das Boot zu Bruch, 13 Menschen starben. Ähnlich hilflos handelt Spanien: Flüchtlinge berichten, sie seien von spanischen Grenzsoldaten mit Gummigeschossen und Tränengas beschossen worden, als sie versuchten, an Land zu schwimmen. Dabei sollen 14 Menschen ums Leben gekommen sein. Die Überlebenden berichten, dass die Grenzsoldaten sie zurück ins Wasser drängten, nachdem sie die Küste erreicht hatten.

Solche „push back“ („zurückdrängen“) genannten Operationen verstoßen sowohl gegen internationale Vereinbarungen als auch gegen EU-Recht, werden von den politisch Verantwortlichen aber geduldet, vielleicht sogar befohlen. Vor allem die deutsche Regierung hat Druck auf die Regierung Griechenlands ausge-

übt und gefordert, für bessere Grenzkontrollen zu sorgen und durch Ausgabenkürzungen den Haushalt zu sanieren – Ziele, die sich nur schwer vereinbaren lassen. Griechenland wählte mit dem „push back“ den rechtswidrigen, aber dafür billigeren Weg.

## „Hausgemachte“ Probleme

Vollends unglaublich machten sich Spitzenpolitiker, als sie im vergangenen Oktober die mehr als 300 Toten einer Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa öffentlich betrauernten, während die Überlebenden und Hinterbliebenen von der Trauerfeier ausgeschlossen blieben und sich in der Flüchtlingspolitik nur wenig änderte. Nur Italien bemühte sich in einer zufällig zur selben Zeit beschlossenen Marineoperation namens „Mare Nostrum“, die Flüchtlinge schon auf hoher See an Bord zu nehmen, brachte sie dann aber oft an die syrische oder nordafrikanische zurück, ohne dass sie eine Chance gehabt hätten, Asyl zu beantragen. Inzwischen fehlt Italien aber das Geld, um die Operation weiterzuführen. Abhilfe schaffen soll das neue Grenzüberwachungssystem der EU EUROSUR. Wie „Mare Nostrum“ wurde es unter dem Eindruck des Unglücks von Lampedusa beschlossen, aber schon lange zuvor geplant. Daher wurde es zusätzlich noch der Rettung von Schiffbrüchigen gewidmet, ist dafür aber gar nicht ausgelegt. Es ist nämlich in erster Linie ein Fernüberwachungs- und Kommunikationsprogramm mit Drohnen, Satelliten, Kameras und ähnlichen Instrumenten. Es kann also gute Bilder von Flüchtlingen machen, sie aber nicht retten. Die Behauptung, man könne damit weitere schwere Unglücke verhindern, ist Augenwischerei.

Nach wie vor gibt es keine EU-Flüchtlingspolitik, die humanitären Anforderungen genügen und die Lasten der Einwanderung auf alle Mitgliedsländer gerecht verteilen würde. Griechenland, Italien und Spanien haben wegen ihrer geografischen Lage nur die unmittelbaren Folgen

einer widersprüchlichen und unsinnigen EU-Politik zu tragen und ließen sich den Schwarzen Peter zustecken – verantwortlich sind letztendlich alle EU-Mitgliedsländer.

Dabei wäre es den politisch Verantwortlichen leicht möglich, wenigstens eine der Hauptursachen der Armutsfucht zu beseitigen. Tatsächlich trägt die EU wesentlich zu dem Elend bei, dem Menschen aus den unterentwickelten Ländern entfliehen wollen. Denn durch ihre Agrarsubventionen übersättigt sie deren Märkte mit billigen Nahrungsmitteln und setzt dadurch eine Lohn-Preis-Spirale nach unten in Gang. Die einheimischen Bauern können nicht zu EU-Preisen produzieren, und ihre Einnahmen sinken. Zusätzlich fischen die hoch subventionierten und modernen Fangflotten der EU die Fischgründe leer. Somit bleibt auch den einheimischen Fischern nichts. In einer unterentwickelten Volkswirtschaft, die vom primären Wirtschaftssektor, also Fischerei, Land- und Forstwirtschaft abhängt, führt das zwangsläufig zum wirtschaftlichen Zusammenbruch. Jede Entwicklungshilfe ist daher gesamtwirtschaftlich betrachtet wirkungslos und steht zudem im Ruch der Beschwichtigungspolitik.

Die EU-Politik ist von Grund auf unsinnig und widersprüchlich: Die EU-Mitgliedsländer verursachen durch Milliardenausgaben für Landwirtschaft und Fischerei eine Massenflucht, die sie durch weitere Milliardenausgaben im Grenzschutz und in Militäreinsätzen und einigen Almosen in Form von Entwicklungshilfe wieder einzudämmen versuchen. Volkswirtschaftlicher Gewinn? Keiner! Die wenigen Nutznießer sind Bauern, die dafür belohnt werden, am Markt vorbei zu produzieren, und die Exporteure. Beide könnten auf den Export in Entwicklungsländer verzichten, denn der trägt nur wenig zum Gesamtumsatz bei, richtet aber aufgrund der unterschiedlichen Kaufkraftverhältnisse erheblichen Schaden an. Den Preis zahlen alle EU-Bürger. Den wesentlich höheren Preis aber haben die Flüchtlinge zu zahlen. ■

## Anzeige

### STRAUB HOF- UND WEGEBAU

„WIR MACHEN IHNEN DEN HOF“

- ▶ Neuasphaltierung Ihrer Hoffläche.
- ▶ **Sanierung von porösen Asphaltbelägen.**
- ▶ Verlegung von Pflasterbelägen u.v.m.
- ▶ **Schnell**
- ▶ **Preiswert**
- ▶ **Fachmännisch**

Rufen Sie uns unverbindlich an, wir beantworten gerne all Ihre Fragen:  
 Büro Filderstadt: 07158/98 57 01      Herr Straub: 0172/62 62 022  
 oder senden Sie uns eine E-Mail: [straub@straub-wegebau.de](mailto:straub@straub-wegebau.de)

Hermann-Hesse-Straße 14  
 70794 Filderstadt

**Bei Abschluß eines Auftrages durch diese Anzeige, spenden wir 1 % der Auftragssumme an Trott-war**